

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 21

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 17. Mai 1925

Verlagsstelle: Berlin G. 2, Dreifelderstr. 5/9 IV.
Telefon: 12345.
Anzeigen werden nicht angenommen.

41. Jahrgang

Bedeutung Lohnerhöhungen eine neue Inflation?

In der Unternehmerpresse mühen sich gegenwärtig allerhand Leute mit der Frage ab, ob unsere Währung bereits so gesteuert sei, daß die von den Arbeitern und Angestellten geforderten Lohn- und Gehaltserhöhungen ohne Schädigung derselben getragen werden können. Die Artikelschreiber in der „Berliner Börsenzeitung“, der „Industrie- und Handelszeitung“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“ kommen übereinstimmend zu dem Schluss, daß Lohnerhöhungen die Währung gefährden würden und eine neue Inflation die Folge sein müsse. Auf diese Art sucht man die Verantwortlichkeit zu bearbeiten und vor allem das Reichsarbeitsministerium sowie die Schlichtungsinstanzen von Schiedsprüchen abzuhalten, die eine Lohn- und Gehaltserhöhung vorsehen. Es ist notwendig, dieser Sache auf den Grund zu gehen, um falsche Vorstellungen zu verhüten.

Ihren Ausgangspunkt nahmen diese Erörterungen von der bekannten Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Reubaus im Haushaltsausschuß des Reichstags. Dieser Minister der Schwerindustrie glanzte die Warnung auszusprechen zu müssen, die Löhne und Gehälter nicht unverantwortlich in die Höhe zu treiben. Nicht Lohnerhöhungen, sondern Produktionssteigerung und Kapitalbildung seien die Erfordernisse der Wirtschaft. Es ist kein Wunder, daß die Unternehmerpresse diese „tiefgründige Betrachtungsweise“ lobte und die Stellungnahme des Ministers mit lebhaftem Applaus begrüßte.

Die Artikel der „B. B. Z.“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“ sind sich in den wesentlichen Gesichtspunkten gleich, so daß es genügt, die Ausführungen der „D. B. Z.“ unter die Lupe zu nehmen. Diese erwähnt in ihrer Nummer vom 21. April, daß der Zahlungsmittelumsatz bereits 4,5 Milliarden Mark betrage, dazu seien zu rechnen: die diskontierten und rediskontierten Wechsel in einer Gesamthöhe von circa 1,2 Milliarden Mark, ferner die nicht diskontierten Wechsel in Höhe von 300 Millionen Mark. Damit sei der gesamte Zahlungsmittelumsatz des reichen Deutschland der Vorkriegszeit erreicht. „Jedes weitere Ausblähen des Zahlungsmittelumsatzes muß die Kaufkraft des Geldes weiter verringern und schließlich zu einem Zustand führen, wo Geldentwertung und Preisverteuerung wieder in den unaufhaltbaren Kreislauf der Inflation kommen.“ Hierauf fußend warnt die „D. B. Z.“ vor Lohnerhöhungen, da zu einer Lohnerhöhung von 10 Prozent ein Kapitalbedarf von 500 Mill. Mark notwendig sei. Da diese Geldmittel nicht vorhanden seien, müßten entweder die Läger verschleudert oder Kredite in Anspruch genommen werden. Die Reichsbank würde die erforderlichen Kredite nicht bewilligen, sondern mit einer erneuten Kreditbeschränkung antworten. Nachdem dieser entsprechend aufgepumpte Popanz gezeigt wurde, malt die „D. B. Z.“ folgendes Schreckgespenst an die Wand:

„Hinter der Kreditrestriktion als dem letzten Mittel des Währungstechnikers gegen die von der Wirtschaftselite her drohenden Inflationsgefahren stehen deshalb: Erstarrten der Wirtschaft, Betriebseinsparungen, Arbeitslosigkeit, Herausströmen der Massen auf die Straße, politische Unruhen und Notmaßnahmen der Regierung, die, koste es, was es wolle, aus innenpolitischen Grün-

den Zahlungsmittel zur Befehung des Güterumsatzes zur Verfügung stellen muß, selbst wenn dies auf Kosten der Währung geht. Denn in der letzten Phase einer solchen Entwicklung würde der Druck der Masse so groß werden, daß kein Bankgesetz, kein Währungskommissar und keine Währungstechnik das unaufhaltsame Durchbrechen der Schranken und das Hereinbrechen der neuen Inflation verhindern könnten.“

Lassen wir den Artikelschreiber der „D. B. Z.“ mit seiner Phantasie, als habe eine Lohnerhöhung die Revolution im Gefolge, sich weiter abmühen und beschäftigen wir uns mit den reinen Tatsachen. Zunächst erscheinen uns die Ziffern, mit denen die „D. B. Z.“ jongliert, nicht den Tatsachen zu entsprechen. In der Vorkriegszeit schwankte die Zahl der in Deutschland gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten um 19 Millionen. Wenn man für die Nachkriegszeit 18 Millionen Beschäftigte annimmt, dann dürfte ungefähr das Richtige getroffen sein. Die der Versicherungspflicht unterliegenden gewerblichen Arbeiter und Angestellten hatten ein durchschnittliches Einkommen im Jahre 1913 von 1215 Mark. Für die Gegenwart einen durchschnittlichen Jahresverdienst von 1600 Mark gestellt, würde eine zehnprozentige Lohnerhöhung einen augenblicklichen Kapitalbedarf von ungefähr 250 000 000 Mark erfordern. Die „D. B. Z.“ operiert mit der doppelten Summe. Der Zweck ist sehr durchsichtig.

Als wenig stichhaltig erweist sich auch die Annahme, daß Wechsel als umlaufende Zahlungsmittel zu betrachten seien. Ganz abgesehen davon, daß Wechsel als Zahlungsmittel nur wenig zirkulieren, ist es in der Vorkriegszeit niemand eingefallen, den feinerzeit viel höheren Wechselbestand als dem Geld gleich zu achtende Zahlungsmittel zu betrachten. Wechsels soll man heute auf die weder theoretisch bewiesene, noch praktisch in Erscheinung tretende Deduktion hereinfallen?

Die „D. B. Z.“ nimmt selbst an, daß der zu Lohn- und Gehaltserhöhungen benötigte Mehrbedarf von Kapital zunächst aus eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müßte. Dabei wird ohne weiteres vorausgesetzt, daß die zur Verfügung stehenden Mittel hierzu nicht ausreichen. Die benötigten Summen müßten durch Kredite herbeigeschafft oder die zur Inangriffnahme der Betriebe aufgenommenen Auslandsanleihen müßten zu Lohnzahlungen herangezogen werden. Herr Dr. Meißinger spricht in einem Artikel der „Industrie- und Handelszeitung“ von „konsumierten Auslandskrediten“. Der Zufall will es, daß sich in derselben Nummer der „D. B. Z.“ die Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. April befindet, wo ein weiterer Rückgang des Zahlungsmittelumsatzes um 105 Mill. Mark und ferner eine Ermäßigung der Wechselanlage um 64 Mill. Mark festgestellt wird. Der Reichsbankstatus vom 23. April zeigt eine weitere erhebliche Besserung. So ging die Wechsel- und Lombardanlage um 167 Mill. Mark zurück, Banknoten und Rentenbankcheine sind in Höhe von 284 Mill. Mark an die Reichsbank zurückgeschickt. Gar nicht beachtet wird von den Plausibilisten der Unternehmerpresse, daß, wenn zunächst auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, sie aber später durch durchgreifende und großangelegte Rationalisierung der Produktion wieder hereingeht

werden können. Zum Teufel auch, was die Unternehmer anderer Länder können, müßten doch auch die deutschen Unternehmer fertig bringen! Wo bleibt hier die so viel gerühmte Initiative der deutschen Wirtschaftsführer?

Die deutsche Wirtschaft wirft doch heute schon ganz ansehnliche Lieberschüsse ab. Abgesehen von reichlichen Rückstellungen und Abschreibungen, die zur Reproduktion des Kapitals gewiß notwendig sind, werden auch wieder Dividenden verteilt. Die der Kapitalistenklasse in Gestalt von Dividenden und Lantimen zufließenden Beträge sind nach Meinung des Reichswirtschaftsministers die Voraussetzungen zur Kapitalbildung. Wir bestreiten diese Auffassung, weil wir der Meinung sind, daß eine gut entlohnte Arbeiter- und Angestelltenchaft von sich aus in Form von Sparkapital diejenigen Summen dem Geldmarkt zuleiten dürfte, die die Wirtschaft zu ihrer Befehung braucht. Wenn der der Kapitalistenklasse zufließende Mehrwert der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen würde, dann fände nur eine Verschiebung in den Einkommen der beiden Klassen, Lohnarbeiter und Kapitalisten, statt. Die Währung würde dadurch nicht im geringsten gefährdet.

Ganz unberücksichtigt gelassen wird die Wirkung der Löhne auf den Innenmarkt. Die totale Befehung der amerikanischen Wirtschaft ging in der Hauptsache von der enormen Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Bevölkerung aus. In Deutschland ist die Bevölkerung nur für das Notwendigste aufnahmefähig, deshalb das Bestreben, ausländische Absatzmärkte zu gewinnen. Daß aber eine Bevölkerung von 62 Millionen ebenfalls einen nicht geringen Absatzmarkt darstellt, wird offensichtlich übersehen oder man gleitet mit einigen Phrasen darüber hinweg. Dies tut z. B. Dr. Meißinger, der in dem Artikel der „Industrie und Handelszeitung“ folgendes zum besten gibt:

„Es bleibt aber leider unbeachtet, in welcher außerordentlichem Umfang auch schon beim heutigen Lohnniveau der Konsum ausländischer Güter bis in die sonst den Massen nicht zugänglichen Luxusgüter hinein gestiegen ist, und es bleibt damit eine Gefahr ganz außer acht, daß bei Erhöhung der Kaufkraft der breiten Masse im Inland nicht zu sehr der deutsche, wie der ausländische Produzent einen Vorteil habe.“

Gegen solche Ausführungen lohnt es sich nicht zu polemisieren. Demgegenüber hatten wir an der volkswirtschaftlich richtigen Meinung fest, daß eine Hebung der Kaufkraft die deutsche Wirtschaft derart beirachten würde, daß Wirtschaftskrisen ihre Schrecken verlieren müßten.

Das deutsche Unternehmertum samt seinen journalistischen Kopfschreibern muß sich mit der Anschauung vertraut machen, daß das arbeitende Deutschland auf die Dauer nicht gewillt ist, sich mit einem Bruchteil der Einkommenshöhe zu begnügen, die den ausländischen Arbeitern zur Verfügung stehen. Die geforderten Lohnerhöhungen, selbst wenn sie mit 10 Prozent bewilligt würden, gleichen die Spanne zwischen den deutschen und ausländischen Löhnen der maßgebenden Industriezweige nicht aus. Deshalb treten wir auch ferner mit aller Entschiedenheit für Lohnerhöhungen ein. Sie bedeuten keineswegs eine neue Inflation und können von der deutschen Wirtschaft getragen werden.

Der Arbeitsmarkt im April

zeigt in unserem Gewerbe noch immer das günstige Bild, wie in den Vormonaten. Zwar ist der Stand der männlichen Arbeitslosen von 460 auf 520 und der der weiblichen von 860 auf 880 gestiegen, aber die Zahl der Kurzarbeiter ist dagegen von 1913 auf 1189 zurückgegangen, so daß insgesamt nur 2589 = 4,6 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter gezählt wurden, gegenüber 5,7 Proz. im Vormonat. Der Mitgliederstand hat sich auf gleicher Höhe gehalten.

Wer trägt die Lasten?

In einer jetzt bekanntgegebenen Denkschrift hat es die Reichsregierung abgelehnt, die Inflationsgewinne zu besteuern. Sie begründet dies u. a. damit, daß, wollte man die Umrechnung genau vornehmen, einige Tausend Beamte notwendig seien, um diese Arbeit zu bewältigen. Demgegenüber muß der Arbeiterstaat mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden, daß sie es ist, die den Hauptteil der Steuerlasten zu tragen hat. Es gibt keinen besseren Anschauungsunterricht, als das Steuerjahr 1924. Auf beigefügtem Schaubild ist eine der wichtigsten Steuerkategorien herausgegriffen worden, um die Steuerlast der Besitzenden und Besitzlosen zu zeigen. (Abb. 1a.)

Die festgedruckten Säulen auf dem Schaubild stellen die Lohnsteuer dar, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten allein ausgebracht werden mußte. Die darunter befindlichen kleineren Säulen zeigen den Teil der Einkommensteuer, der von den Besitzenden, Erwerbsgesellschaften usw. ausgebracht wurde. Man sieht aus der Zeichnung, daß im ersten Vierteljahrsmonat sich die Besitzsteuer erhöht. Dies ist daraus zu erklären, weil bisher in den betreffenden Monaten Vorauszahlungen zu leisten waren. Hinfort sollen die Vorauszahlungen wegfallen, so daß sich für die Zukunft vielleicht noch ein ungünstigeres Bild ergibt. Im Monat März 1925, wo die Ermäßigung auf die Steuern der Besitzenden bereits wirksam war, überragt die Säule der Lohnsteuer diejenige der Besitzenden ganz gewaltig.

Eine der schlimmsten Steuern ist die Umsatzsteuer, da diese bei jedem Warenumschlag erhoben wird und somit das Preisniveau sehr ungünstig beeinflusst. Da die Geschäftsleute diese Steuer auf die Warenpreise einfach draufschlagen, muß die Umsatzsteuer in der Hauptlage von der großen Masse getragen werden. Von den Besitz- und Verkehrssteuern entfällt auf die Umsatz- und Lohnsteuer 57 Proz. Ferner befinden sich in dieser Steuerkategorie noch kleinere, die Fahrkartensteuer u. a., die ebenfalls von der Masse getragen werden müssen. In dem Schaubild nicht enthalten sind die indirekten Steuern und Zölle. Mehr als eine Milliarde mußte als Abgabe bei dem Verbrauch von Tabak, Bier, Zucker, Branntwein, Salz usw. geleistet werden. Es bedarf keiner Begründung, daß auch diese auf den Massenverbrauch beruhenden Steuern von dem arbeitenden Teil der Bevölkerung ausgebracht werden mußten. Dasselbe ist der Fall bei den Zöllen, die eine Einnahme von 356 Millionen Mark erbrachten. (Abb. 1b.)

Möge sich ein jeder diese Zahlen einprägen, erst dann wird er erkennen, welche Verblendung darin zu erblicken ist, daß Hindenburg mehr als 14 Millionen Stimmen bekommen konnte. Nirgends hat sich das Wort besser bewährt, daß nur die allergrößten Räuber sich ihren Reicher selber wählen. Das Steuerjahr 1924/25 zeigt auch dem Denkschrift, wohin die Reife geht, wenn die Arbeiterschaft nicht ermannt und ihre Geschicke selbst in die Hand nimmt.

Glänzende Gewinne im graphischen Gewerbe.

Die gegenwärtig gute Konjunktur im graphischen Gewerbe ist bekannt. Die Abschlüsse der Aktiengesellschaften zeigen glänzende Ergebnisse. Dies beweist auch der Abschluß der Buch- und Steindruckerei E. Gundlach, Akt.-Ges. in Bielefeld. Der Beschäftigungsgrad dieses Unternehmens war derart, daß es großer Anstrengungen bedurfte, um den Anforderungen gerecht zu werden. Der Mangel an weiblichen Arbeitern zwang die Firma, in dem benachbarten Wiedenbrück einen modernen Neubau zu errichten, der im November in Betrieb genommen wurde. Der Bruttogewinn des Unternehmens beziffert sich auf 1 321 075 Mark.

Die deutschen Löhne im Vergleich mit dem Ausland.

In einem außerordentlich interessanten und mit vielem statistischen Material versehenen Artikel untersucht Dr. Paul Herzberg in der Monatschrift des ADGB, „Die Arbeit“, die Frage „Weltmarkt und Lohn“. Der Verfasser kommt dort zu interessanten Feststellungen. So ergibt ein Überblick über die Lohnsteigerung in verschiedenen Ländern folgendes Bild: Durchschnittliche Stundentlöhne Ende 1921 in Prozent der Löhne von 1914:

in Deutschland	122 Prozent
„ Italien	150 „
„ Frankreich	152 „
„ England	200 „
„ der Schweiz	200 „
„ Schweden	249 „
„ Holland	295 „
„ den Vereinigten Staaten	232 „

Wenn man nun noch beachtet, daß die deutschen Arbeiter länger arbeiten als ihre Kollegen im Ausland, dann kann man ermaßen, wieviel der deutsche Unternehmer im Vorteil ist. Gerade jetzt geht ein Grunzen gegen die gestellten Lohnerhöhungen durch die Unternehmerpresse. Da dürfte es wirksam sein, an obige Zahlen zu erinnern. Der Zustand, daß die deutsche Arbeiterschaft billiger als die englische und amerikanische arbeitet, kann und darf nicht in alle Ewigkeit aufrechterhalten werden. Man solle aber auch immer beachten, daß sich in obigen Zahlen die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung widerspiegelt. Je besser gerüstet die Gewerkschaften sind, je höher stellen sich natürlich auch die Arbeiterlöhne. Sind unsere Gewerkschaften stark genug, dann mag der Reichswirtschaftsminister lamentieren soviel er will, dann mögen die kapitalistischen Soldschreiber sich die Finger wundschreiben. Dem deutschen Arbeiter ist es über, als Kuli unter den modernen Lohnarbeitern zu gelten.

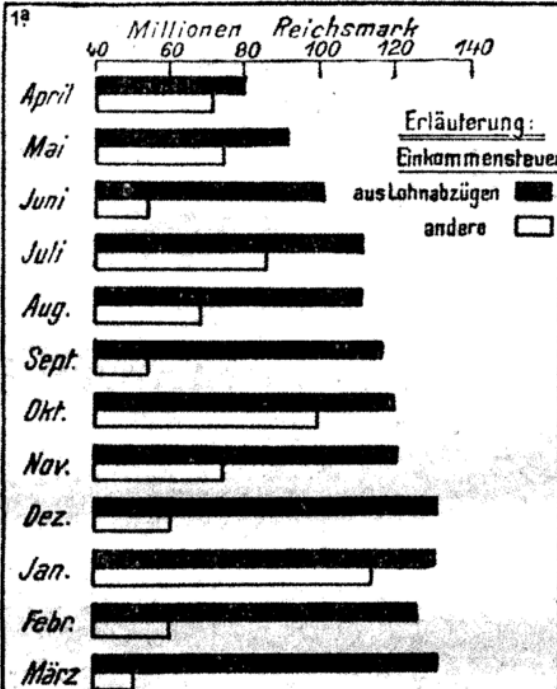
Gewerkschaftsorganisationen als Jubilare.

Es ist ein erhebendes Gefühl, die Arbeiterbewegung als bleibenden Bestandteil der geschichtlichen Entwicklung in Wirksamkeit zu sehen. All die Stürme, die über die deutsche Arbeiterbewegung hinweggegangen sind, haben den ehernen Schritt der Arbeiterkataloge nicht aufzuhalten vermocht. Alle Schichten der Unternehmer und Behörden prallten wirkungslos an dem Fels der Arbeiterorganisationen ab. Trotz alledem und alledem, es ging immer wieder vorwärts. Verschiedene Gewerkschaftsverbände haben in den letzten Wochen ihr 40jähriges Bestehen feiern können. So, neben unserem Verband, der Malerverband, der Böttcherverband und der Verband der Glaser, der jetzt einen Bestandteil des Bau-gewerksbundes bildet. Mit Freuden überfließt man die anfänglich dieser Jubilare herausgegebenen Festzeitungen. Aus den Zahlen und geschichtlichen Daten, die dort mitgeteilt werden, leuchtet die unbezwingliche Kraft der freien Arbeiterbewegung. Welche Umschwenken von Arbeit, welcher Opfermut, wieweil Beweise der Solidarität und des Idealismus strahlen einem dort entgegen. Möge die junge Generation der Gewerkschaftsmitglieder sich an den alten Kämpfern ein Beispiel nehmen und allezeit das Wort Gossalles beachten: Ihr seid der Fels, auf dem die Kirche der Gegenwart aufgebaut werden soll!

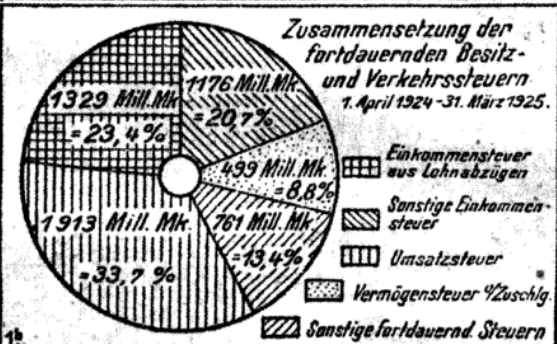
Akademie der Arbeit und Wirtschaftsschulen.

Die Aufgaben der Gewerkschaften sind hinausgemacht über den ihnen bisher gezogenen Rahmen. Ihr Wirkungsbereich erschöpft sich nicht mehr in Lohn- und Sozialpolitik. Auch Arbeitsrecht und Wirtschaftspolitik und alles was mit ihnen zusammenhängt, erheischen eingehende Beachtung und im Interesse der Arbeiterschaft Beeinflussung in ihrem Sinne. Das erfordert gründliche Ausbildung wenigstens eines Teils der Gewerkschaftsfunktionäre, die zu bringen die Akademie der Arbeit und die Wirtschaftsschulen bestimmt sind. Teilnahme an den Unterrichtsstunden ist geistig regamen Kollegen und Kolleginnen angelegentlich zu empfehlen. Die Gewerkschaften sind bereit, ihnen den Besuch der Bildungsstätten nach Möglichkeit zu erleichtern.

Wie uns vom ADGB mitgeteilt wurde, beginnen neue Unterrichtskurse von zehn Monaten Dauer in der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. und in der Wirtschaftsschule in Berlin im Oktober



Die Ertragnisse der Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1924/25 (1.4.24-31.3.25).



Nach Abzug der Unkosten und 184 208 Mark Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 232 162 Mark. Hiervon wird eine Dividende in Höhe von 8 Prozent auf das 2,1 Mill. Mark betragende Aktienkapital zur Verteilung gebracht, 30 000 Mark kommen dem Reservefonds zugute. Wenn man bedenkt, daß die Firma umfangreiche Neubauten und Betriebserweiterungen vornahm, den Reservefonds auffüllte und Abschreibungen in ziemlicher Höhe vorgenommen wurden, kann man von einem sehr guten Ergebnis sprechen. Als Kuriosum mag noch erwähnt werden, daß für soziale Zwecke ganze 5450 Mark ausgeworfen wurden. Was wird es für Schmerzen gekostet haben, diese Riesensumme flüssig zu machen?

d. J. In der Heimvolkshochschule in Tinz bei Gera beginnt ein Kursus, der fünf Monate dauert, bereits Anfang August. In Frankfurt a. M. und in Berlin stehen den Werkstätten etwa 60 und in Tinz 12 Plätze zur Verfügung. Um Interesse des Unterrichts bezeichnen die Schulleitungen es aber als erwünscht, daß die Schüler und Schülerinnen in Frankfurt a. M. und in Berlin das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben und daß für Tinz sich junge Gewerkschaftler melden, etwa im Alter bis 20 oder 21 Jahren. Strenge Grenzen der Teilnahme bilden diese Altersstufen aber nicht.

Bewerbungen um Teilnahme an den Unterrichtskursen aus dem Kreise unserer Verbandsmitglieder sind an die zuständigen Gauleiter zu richten, und zwar die Bewerbungen an den Lebegrängen in der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. und in der Werkstatthochschule in Berlin bis zum 30. Juni, die um Teilnahme am Unterricht in der Heimvolkshochschule in Tinz aber schon bis zum 23. Mai.

Die Bewerbungen müssen von den Bewerbern selbst geschrieben sein und müssen enthalten Angaben über den Lebenslauf der Bewerber sowie über ihren bisherigen Bildungsgrad, ihre Berufstätigkeit und über ihre bisherige Wirksamkeit in der Arbeiterbewegung. Auch ein Aufsatz über die Bedeutung der gewählten Schule bzw. einer gründlichen Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre für die allgemeine Arbeiterbewegung ist der Bewerbung beizufügen.

Alle Nähere erfahren die Bewerber durch die Gauvorstände.

Unberechtigte Kritik.

Im Wochenblatt für Fappe- und Papierverarbeitung berichtet ein Kritiker über die Heimarbeit ausstellung in sehr einseitiger Weise, daß wohl selbst die vielen Unternehmer, welche die Ausstellung aus eigener Anschauung kennen, den Kopf darüber schütteln werden. So behauptet der Schreiber jenes Artikels, daß die Tendenz dieser Ausstellung wie die der früheren die sei, die Heimarbeit in möglichst trübem Lichte erscheinen zu lassen, und daß dementsprechend auch die Ausstellungsgesellschaft ausgewählt seien. Von unserer Papierindustriegruppe sagt er dann wörtlich:

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter hatte merkwürdigerweise nicht, wie andere Verbände, eine möglichst umfassende Anzahl von Heimarbeitserzeugnissen ausgestellt, sondern nur eine kleine Anzahl von Sachen aus der Ucherstebener Papierwareindustrie (Papierbeutel), der Kathonener Brillenindustrie und der Berliner Luxuspapierindustrie. Gerade die feineren Erzeugnisse aus der Galanteriewaren-, Kartonagen- und Teuisindustrie fehlten ganz. Warum? Weil man dann wohl nicht mit „Hungerlöhnen“ paradiere konnte. Das ergibt natürlich kein wahrheitsgemäßes Bild von den Zuständen in der Heimindustrie, und ein solches soll doch eigentlich eine Ausstellung vermitteln, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll.

Wir sehr unser Kritiker daneben haut, hat jeder unserer Leser bereits aus dem Artikel über die Heimarbeit in der Papierindustrie in voriger Nummer der Buchd.-Ztg. ersehen. Und unsere Kollegenschaft, welche die Ausstellung selbst besucht hat, wird erst recht das Anzutreffende der Kritik erkennen. Gerade die von unserem Verband ausgestellten Gegenstände sind bis auf wenige Ausnahmen durchweg Beweise dafür, wie stark das Lohnniveau der Heimarbeiter durch die tarifliche Regelung gehoben worden ist.

Aber auch den Gewerkschaften der Heimarbeiterrinnen, der doch mit der bödischen Gewerbeinspektion fast allein erst die wirklichen Hungerlöhne in der Luxuspapierindustrie usw. ausgebebt hat, müssen wir gegen den ausgesprochenen Verdacht in Schutz nehmen, tendenziös diese Auswahl getroffen zu haben, um die Heimarbeit in möglichst trübem Licht erscheinen zu lassen. Ueber solchen Verdacht sind alle an der Ausstellung beteiligten Verbände und Vereine erhaben. Mit den Schlussfolgerungen, die sich aus der rein objektiven Darstellung der Heimarbeitverhältnisse ergeben, können alle an der Ausstellung Beteiligten durchaus zufrieden sein.

Was nun die kleine Auswahl der ausgestellten Gegenstände anbetrifft, so weiß der Kritiker offenbar garrnichts, daß auf ausdrücklichen Befehl der Ausstellungsleitung nur typische Gegenstände einmal ausgestellt werden sollten, um Wiederholungen zu vermeiden. — Etwas mehr Sachkenntnis und Sachlichkeit hätte man also auch von einem Unternehmerblatt erwarten dürfen.

Zur Notlage unserer Invalidentrentner.

Es dürfte wohl allen Kollegen bekannt sein, in welcher kritischer Lage sich unsere Arbeiter-Invalidenten befinden. Entsprechend dieser Notlage hat auch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion im deutschen Reichstag Anträge auf Erhöhung der Renten eingebracht. Diese Anträge forderten eine Aufbesserung der Invalidentrenten um 150 Proz., eventuell mit

einer Abstufung der noch Arbeitsfähigen. Leider sind diese unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechenden Anträge bei der Abstimmung unterlegen und statt dessen eine Aufbesserung der Invalidentrenten sage und schreibe um 2 M., angenommen. Somit beträgt die Invalidentrente gegenwärtig 16 M. pro Monat, oder etwa 50 Pf. pro Tag. Das ist zum Sterben zuviel und zum Leben zu wenig. Ersreulicherweise hat sich unser Verbandsvorstand wieder veranlaßt gesehen, unsere Invalidentunterstützung etwas zu erhöhen.

Vorläufig haben unsere Invalidentrentner keinerlei Aussicht auf staatliche Verbesserung ihrer Notlage. Um so mehr müssen wir dahin streben, eventuelle Mängel in den Ausführungsbestimmungen unserer Invalidentunterstützung einer Revision zu unterziehen. So ist z. B. die zweimalige Abhebung unserer Invalidentunterstützung im Laufe eines jeden Monats nicht mehr zeitgemäß. Beim Inkrafttreten unserer Invalidentunterstützung mag diese Vorkehrungsmäßnahme notwendig gewesen sein, um Unregelmäßigkeiten bei Abhebung der Unterstützung zu vermeiden und weil wir über die Tragweite der Unterstützungssätze noch keinerlei Unterlagen hatten. Heute sind wir über das Finanzgebahren unserer Invalidentkasse vollkommen orientiert, so daß wir heute gegen alle Eventualitäten geschützt sind. Wir wollen doch nicht reaktionär sein wie der Staat, der doch immerhin seine Sozialrenten jeden Monatsserien pränumerando abheben läßt. Wir müssen bedenken, daß es ein unbilliges Verlangen ist — besonders in Großstädten — unseren Invalidenten zumuten, ihre Unterstützung jeden Monat in zwei Raten abzugeben. Manche Invalidenten sind gar nicht mehr in der Lage, meite Wege ohne Gefahr ihres Lebens zurücklegen zu können. Auch deren Frauen sind häufig so alt, daß wir auch ihnen nicht zumuten können, große und mühselvolle Wege zu machen, ganz abgesehen davon, daß sie zur ungeeigneten Bureaufunde oft noch lange warten müssen, bis sie an die Reihe kommen und etliche wertvolle Stunden veräumen müssen. Unseren Invalidenten kann ohne große Umstände ihre Unterstützung jeden Monatsserien pränumerando durch die Hauskassierer gegen Quittung ins Haus gebracht werden. Das wäre für die Erledigung der Geschäfte unserer Invalidentunterstützung eine wesentliche Erleichterung, sowohl für unsere Beamten, wie Invalidenten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch im besonderen auf die Einrichtung der Invalidentkasse der Buchdrucker hinweisen. Die Verwaltungskosten der Buchdrucker gewähren den Invalidenten ihres Verbandes einen Vorkaufschuß zur Invalidentunterstützung ihres Verbandes. Wir können diese Einrichtung, wohl ohne große Opfer bringen zu müssen, auch unterhalb unseres Verbandes uns zu Nutzen machen. Wenn wir konsequent sein wollen, so müssen wir uns sagen:

„Was dem einen recht — ist dem andern billig.“ Halten wir es für notwendig, unseren Arbeitslosen, Streikenden, Gemahrgelagten einen Vorkaufschuß zur Verbandsunterstützung zu gewähren, so ist es nicht mehr wie billig, auch unseren Invalidenten eine Vorkaufunterstützung zukommen zu lassen. Die Wichtigkeit dieser Maßnahmen liefert uns schon, wie oben angeführt, der Buchdrucker-Verband und auch der Verband der Lithographen und Steindrucker. Jedenfalls haben unsere Invalidenten ebensoviel Anrecht an die Vorkaufkasse, wie alle anderen Kategorien, welche wir unterstützungsberechtigt halten. Denn die Invalidenten unseres Verbandes haben während ihrer jahrzehntelangen Zugehörigkeit zu unserem Verband wesentlich zur Stärkung unserer Vorkaufkassen beigetragen und nur wenig oder gar nicht in Anspruch genommen. Jedenfalls ist es wünschenswert, daß sich der kommende Verbandstag mit dieser Frage beschäftigt. Kann er sich nicht dazu entschließen, die in Frage stehende Unterstützung unserer Invalidenten aus unseren Vorkaufkassen obligatorisch einzuführen, so wäre es zum mindesten eine Ehrenpflicht unserer größeren Verwaltungskstellen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Diesbezügliche Anträge zu den Ausführungsbestimmungen der Invalidentunterstützung werden unserem nächsthin stattfindenden Verbandstag vorteligen.

Hamburg.

Carl Grimm.

Berichte.

Berlin. Am 22. April fand eine Arbeiterinnenversammlung der Zahistelle Berlin statt, die sich mit der Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstag in Hamburg beschäftigte. Kollegin Reymun referierte. In leichtverständlicher Weise schilderte sie die Anfänge unserer Tarifgemeinschaft und die Mitarbeit der Kolleginnen bei derselben. Sie bezeichnete es als großen Fehler, daß trotz Antrages vom letzten Verbandstag kein weibliches Mitglied im Tarifauschuß ist. Dann erläuterte sie die wichtigsten Bestimmungen aus unserem Verbandsstatut und zeigte, welche Paragraphen verbesserungsbedürftig sind. Auch machte sie die Kolleginnen auf ihre Pflicht dem

Verband gegenüber aufmerksam, vor allen Dingen, daß sie sich reger als bisher am Verbandsleben beteiligen müssen. Daß die Worte der Referentin beherzigt wurden, zeigte die nachfolgende Diskussion, an der sich zwölf Kolleginnen beteiligten. Kol. Lehmann sprach zum Bildungsweesen und berichtete von der Hochschule in Tinz. Mit Interesse verfolgten die Anwesenden die Ausführungen. Da es sich im wesentlichen um die Gleichberechtigung der Frauen handelte, wurde gewünscht, daß in Zukunft die Hochschule auch weiser von weiblichen Mitgliedern mit besetzt wird. Nachfolgende Anträge wurden aus der Mitte der Versammlung gestellt und von den Antragstellern auch eingehend begründet:

1. Zur Agitation und Weiterbildung der übergroßen Zahl unserer Mitgließer (insbesondere der Jugendlichen) beantragt die Versammlung die Anstellung eines weiblichen Sekretärs.

2. Der Verbandstag wolle beschließen, daß die in Kasse angenommenen 80 Proz. der Männerkassne nun endlich zur Durchführung kommen. Der Lohn der weiblichen Arbeiterinnen ist bei 62 Proz. auf 57 1/2 Proz. gesunken, was ein bedeutenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse gleichkommt. Die Verwaltungen bitten den Verbandstag, die Forderungen anzunehmen.

3. Bei Regelung der Bestimmung für den Bezug der Invalidentunterstützung für weibliche Mitglieder finden die Übergangsbestimmungen der Ausführungsbestimmungen des Statuts vom Jahre 1913 Absatz 5-7 sinngemäße Anwendung. Es ist also nur für den dort im Absatz 5 bestehenden 1. Oktober 1907 der erste Juli 1922 zu setzen und im Absatz 7 statt 1. Oktober 1915 der 1. Juli 1920.

4. Der kommende Verbandstag wolle wieder die Einführung der Krankunterstützung beschließen.

5. Die Einstufung der Arbeitslosenunterstützung in ihrer jetzigen Form bedeutet für alle Klassen eine arge Benachteiligung gegenüber der 5. Klasse. Es wird anerkannt, daß der Tageslohn der Unterstützung gemäß der Beitragleistung ein verschiedener sein muß. Anerkannt kann aber nicht werden, daß auch die Zeitdauer der Unterstützung eine so unterschiedliche sein muß. In allen anderen Gewerkschaften, die man, gestützt auf ihre große Zahl weiblicher Mitglieder, zum Vergleich mit unserer Organisation heranziehen kann, wie: Graphischer Hilfsarbeiter-Verband, Webstuhlarbeiter-Verband, Metallarbeiterverband, Fabrikarbeiter- und Textilarbeiter-Verband besteht eine gleichmäßige Zeitdauer der Unterstützung für alle Klassen. Die Versammlung beantragt daher:

Der Verbandstag wolle beschließen, daß die Zeitdauer bei der Arbeitslosenunterstützung in allen Klassen die gleiche wird.

6. Durch vorgekommene unbillige Härten bei der Hinterbliebenenunterstützung beantragt die Versammlung: Die Hinterbliebenenunterstützung ist zu streichen und an deren Stelle Sterbegeld zu setzen. Dieses Sterbegeld soll für alle Beitragsklassen prozentual in Anwendung gebracht werden.

Kollege Kaspar, der als Vertreter der Ortsverwaltung anwesend war, freute sich über die rege Anteilnahme der Kolleginnen. Er war jedoch der Meinung, daß die Kolleginnen nicht zu viel Anträge stellen sollten. Kollegin Koscelniat ist dafür, daß alle eingereichten Anträge angenommen werden. Allerdings müsse auch nachher, wenn der Verbandstag vorbei ist, für das Beschlossene eingetreten und in den Werkstätten für unseren Verband agitiert werden.

Da die Zahl unserer weiblichen Mitglieder in der Zahistelle Berlin 4498 beträgt, die der männlichen nur 2172, erwartet die Versammlung, daß mindestens vier weibliche Delegierte zum Verbandstag geschickt werden. Dazu werden vorgeschlagen von der Ortsverwaltung: Frau Schreiber, von der Buchbinderbranche; Frau Koscelniat, von der Kartonbranche; Frau Wischer und von der Luxuspapierbranche; Frau Mocho.

Sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ wurde auf die Heimarbeitausstellung aufmerksam gemacht und auf unsere am 6. Mai stattfindende Mitgliederversammlung. Darauf schloß die Kollegin Schreiber die Versammlung mit dem Wunsch, daß die weiblichen Mitglieder nicht nur an Zahl den männlichen überlegen sind, sondern daß sie in Zukunft auch in allen Kommissionen und Verwaltungen die Mehrheit bilden.

Desden. Am 28. April fand unsere Vierteljahresversammlung statt. Der Geschäftsbericht des Kollegen Lange sowie der Kassenbericht, erstattet vom Kollegen Kohl, wurden ohne Diskussion entgegengenommen. Erwähnt sei, daß im letzten Quartal circa 1100 Neuannahmen zu verzeichnen waren, viele davon geschähen allerdings bereits früher dem Verbands an. Mit Befriedigung wurde davon Kenntnis genommen, daß unsere Bureauräume der Zeit entsprechend umgestaltet wurden und nun in lobwürdiger Weise unsere Organisation repräsentieren. Durch Tod verloren sind die Kolleginnen Elsa Wisse, Anna Grub, Martha Schäfer und den Kollegen Karl Paul.

Dann trat man ein in die Beratung des Hauptpunktes der Tagesordnung: „Der bevorstehende Ver-

handstag und die Konferenz in Leipzig. Lange referierte eingehend über die Aufgaben dieser Tagungen. Einmalige Anträge sollen bis 7. Mai im Bureau eingereicht werden. Eine besondere Beifassung wird zu den Anträgen Stellung nehmen. Ein großer Teil des Berichtes bezieht sich mit den organisatorischen Vorarbeiten. Anschließend berichtete Mühsche über die Stellungnahme des Ortsverbandes zu diesen Tagungen. In der folgenden Diskussion, die selber nicht sehr lebhaft war, wurden vor allem Einzelheiten betr. die Durchführung der Wahlen besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, daß von den 12 Delegierten des letzten Verbandstages nur noch einige aktiv tätig sind. Die Auswahl der Delegierten soll darum sehr sorgfältig vorgenommen werden. Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Vertreter zum Gantag möglichst auch an dem Verbandstag teilnehmen, da der Gantag ja nur Vorarbeit für den Verbandstag leiste. Auch die Frage des „Gruppischen Bundes“ spielte eine Rolle in der Debatte, nachdem Lange bereits in seinem Referat auf die Stellung des Verbandsvorstandes in dieser Frage hingewiesen hatte.

Zum Schluß machte Lange noch einige Ausführungen über das 40jährige Jubiläum. Unsere Jubiläumfeier fand am 25. April in den Räumen des Lindeischen Wobes statt unter überaus zahlreicher Beteiligung der Kollegenschaft. Das Programm war in Form einer Festschrift erschienen. Die Festschrift des Kollegen Lange, der selbst 39 Jahre der Zeitschrift angehört, war unrahm von künstlerischen Vorbildungen. Ganz besonders trug der Dresdener Volks-Männerchor zu dem Gelingen des Festes bei, aber auch die übrigen künstlerischen Vorbildungen lösten Befriedigung aus. Neben den 30 Jubilaren, die als Ehren Gäste teilnahmen, war auch der Ortsverband durch Kollegen Büsse vertreten, besgl. hatten die Zeitschriften Götlich, Gernitz, Hiltun und Gilmann besondere Vertretungen entsandt. Zahlreiche Begrüßungsgramme von auswärtigen Zeitschriften und früheren Mitgliedern unserer Zeitschrift ließen ein. Der Festauschuß mit seinem rührigen Vorsitzenden Hofmann hatte eine Erinnerungsfeier geschaffen, die noch lange nachwirken wird.

Hamburg-Altona. Unsere Mitgliederversammlung am 6. Mai beschäftigte sich mit dem in Kiel stattfindenden Gantag, mit dem Verbandstag und den zu stellenden Anträgen. Thierbach wies darauf hin, daß es von großer Bedeutung ist, den Gantag vor dem Verbandstag stattfinden zu lassen, damit auch den Einzelmitgliedern im Gau und in den Zeitschriften Gelegenheit gegeben sei, sich über die zu stellenden Anträge zu äußern und ihre Wünsche vorzubringen. Zum Gantag werden fünf Delegierte entsandt, und zwar die Kollegen Lange, Kleinert, Rühlener, Wiede und Kollegin Schlein. Um es den Mitgliedern möglich zu machen, mit wenig Aufwänden an den einzelnen Versammlungen zum Verbandstag teilnehmen zu können, wird von der Orts- und Gauverwaltung der Vorschlag gemacht, eine Beitragsmarke herauszugeben, zu deren Abnahme jedes Mitglied verpflichtet werden soll. Die Entnahme der Beitragsmarke berechtigt zur Teilnahme an der Begrüßungsfeier, die am 26. Juli im Gewerkschaftshaus stattfinden soll. Während sich Meißnerberg gegen diesen Antrag wandte, erklärten sich Hein, Rühlener, Müller und Wichmann mit dem Antrag der Orts- und Gauverwaltung einverstanden, der gegen eine Stimme angenommen wurde. Den von der Beratungscommission zum Verbandstag zu stellenden Anträgen wurde nicht widersprochen. Hein verwies noch ganz besonders darauf, daß neben den gestellten Anträgen auf Stärken des Kampfbundes, Krankenunterstützung und Streitniederlegung die Ausgestaltung des blider bestehenden Verbandsauschusses, der durch den Beirat ersetzt werden soll, eine große Rolle spielen wird. Außerdem sei auch ein Wort zu reden über den Zusammenschluß der graphischen Gewerbe zu einem einheitlichen Graphischen Industrieverband. Die Ausführungen des Kollegen Hein fanden allgemeinen Anklang.

Zum Schluß der Versammlung gab Thierbach einige Kollegen und Kolleginnen bekannt, die mit der Rasterung von Beiträgen beauftragt waren und die einlässlichen Gelder untergebracht haben. Es sind dies die Kollegen Winands, Friedrich Mühlhan und die Kolleginnen Thea Ludwig, Erna Vogt-Neusch und Helene Ludw. Auf den vielfach geäußerten Wunsch, die Orts- und Gauverwaltung möge dafür Sorge treffen, daß den Mitgliedern die Befähigung der Papierfabrik in letzteren ermöglicht wird, werden die Mitglieder aufgefordert, sich bei der Ortsverwaltung zu melden, soweit sie ein Interesse für die Befähigung der Papierfabrik haben. Wenn sich eine Anzahl Mitglieder zur Befähigung bereitgefunden hat, sollen die weiteren Schritte veranlaßt werden.

Krefeld. Am 29. April, in der Zeit, in der unser Verband sein 40jähriges Bestehen feierte, konnte unser Vorsitzender, Kollege Edmund Zeemann, auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Die Verwaltung der Zeitschrift ließ es sich nicht nehmen, den Jubilär in gebührender Weise zu beglückwünschen. Zunächst brachte Ludwig dem Jubilär die Glückwünsche des Verbandes dar und überreichte ihm im Namen des Verbandsvorstandes

das Ehren Diplom. Er schloß mit den Worten, daß es dem Jubilär verdienst sein möge, noch weitere 25 Jahre zum Wohle des Verbandes und der Zeitschrift mit derselben Geistesfrische arbeiten zu können wie festlich. Dem Glückwunsch der Zeitschrift überbrachte Müller, Er hob besonders die Verdienste hervor, um die sich der Jubilär in den 25 Jahren zum Nutzen des Verbandes sowie der Zeitschrift verdient gemacht hat. Für diese seine treue Mitarbeit überreichte er im Namen der Zeitschrift als Dank ein prachtvolles Blumenangebinde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der Verwaltung der Zeitschrift beschieden sein möge, noch lange Jahre mit dem Jubilär zusammenzuarbeiten für die Interessen des Verbandes. Zeemann dankte, schließlich gerührt von den Ehrungen, die ihm zufließen wurden, und betonte, daß das kollegiale Einvernehmen dazu beigetragen hat, ihn neu zu befeuern, weiter zu wirken für eine bessere Zukunft unserer Kollegschaft. Mögen die Jungen ein Beispiel hieran nehmen, um mitzuarbeiten und das weiterzuführen, was die Alten geschaffen haben.

München. Die Mitgliederversammlung vom 21. April hörte zunächst einen Vortrag des Genossen Studierat König über „Unsere Wirtschaftsordnung und deren Weiterentwicklung“ und beschäftigte sich dann mit fortlichen Mitteilungen. Zum ersten Punkt betonte der Referent, daß es eine Täuschung sei, wenn man die Not erst in der Nachkriegszeit am meisten gefühlt habe. Während der Kriegszeit war eine weit größere Not vorhanden. Die Verproletarisierung immer weiterer Kreise der Beamten, Bauern und Mittelständler ist eine Arbeitslosigkeit am Volkskörper, die auf den Krieg zurückzuführen ist. Heute leiden am meisten die Lohn- und Gehaltsempfänger. Der feste Bodenbesitz war von der Inflation verschont. Hauptächlich die Großgrundbesitzer haben ihre Hypotheken abgewälzt. Das gesamte produktive Kapital ist in den Händen weniger, gegenüber stehen die mittellosen produktiven Arbeiter. Die Reichsregierung schließt nicht die Kaufkraft, sondern unterstützt die Nahrungsmittel. Der Besitzlose wird dreifach ausgebeutet: 1. als Produzent, durch Vorenhalt des Lohnes, 2. durch Leihzinsen, 3. als Konsument, durch Teuerung. Die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse haben sich schon öfters in der Geschichte wiederholt. Eine furchtbare Bedrückung der Arbeiterkraft sei die Grundursache, die den Arbeitsvertrag dieser Schaffenden dem Grundbesitz ausliefern. Die Arbeiterkraft möge sich viel mehr mit der Bodenreform befassen. Hauptziel der Arbeiterkraft müsse die Ueberführung der kapitalistischen Privatwirtschaft in den Gemeinbesitz sein.

In der Aussprache wies Schneider auf die furchtbare Ausbeutung der Arbeitenden durch die Zinsverpflichtung des Staates an das Großkapital hin. Für die Verlinkung des neuen Reichsgeldes müssen jährlich 222 Millionen Goldmark an das Privatkapital aufgebracht werden. Aber auch die vor dem Krieg noch sozialisierten Eisenbahnen, die früher Eigentum der ganzen Volksgemeinschaft waren und sich durch billige Personen- und Frachttarife sozial ausgewirkt und trotzdem noch durch beträchtliche Ueberschüsse dem Volke manche Steuer erspart hatten, sind heute dem internationalen Börsenkapital

ausgeliefert und lösen nun jährlich dem Volke 880 Millionen Goldmark Zins. Im ganzen habe Deutschland jährlich 2500 Millionen Goldmark Zins an das Weltkapital aufzubringen. Der Redner warnte jedoch ausdrücklich davor, sich von nationalen Chauvinisten gegen andere Völker treiben zu lassen. Sämtliche Sieger stöhnen unter der gleichen Schuldenlast wie das deutsche Volk, und die ungeheuren Kriegsausgaben, die wir zahlen, kommen nicht den anderen Völkern zugute, sondern würden auch dort von den gleichen internationalen Bankhäusern aufgefressen. Wenn alle Sieger wie Besiegte, zahlen müssen, dann müsse doch auch jemand da sein, der diese ungeheuren Summen einstreiche. Das seien die unglückseligen Könige der Erde. Der Krieg, der Millionen der besten Männer das Leben gekostet, der unermessliche Werte vernichtet, dieser gleiche Krieg brachte ein paar Millionen des internationalen Großkapitals jährlich 60 Milliarden Zinsen Einnahmen mehr. Gegen diesen Feind müsse in erster Linie die Arbeiterschaft sich wenden.

Nach Erledigung einiger fortlicher Angelegenheiten wurde die nächst besuchte Versammlung geschlossen.

Literarisches.

Dr. Ringold: Normung, Typung, Spezialisierung in der Papiermaschinen Industrie. 1924. Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W 9, Kurfürst. 23/24. Preis in Ganzleinen gebunden 15 M.

Die Wichtigkeit der Normung, Typung und Spezialisierung ist in weiten Kreisen anerkannt. Nachdem die damit zusammenhängenden Fragen allgemein geklärt sind und zahlreiche günstige Erfahrungen vorliegen, sind weitere Untersuchungen für einzelne Fachgebiete erwünscht. Aus dem großen Gebiete des deutschen Maschinenbaues werden im vorliegenden Buche die Maschinen für die Papierindustrie und das graphische Gewerbe eingehend untersucht.

Die Aufgabe des Buches ist: 1. zu beweisen, daß weitere Normung, Typung und Spezialisierung in der Papiermaschinen-Industrie erwünscht ist; 2. an einigen Beispielen zu zeigen, wie Normung, Typung, Spezialisierung möglich ist; 3. Wege zu weiteren Vorgehen zu weisen; 4. die Wichtigkeit einer Verhängung im deutschen Maschinenbau über die Arbeitsleistung (Spezialisierung) insbesondere auf den Grenzgebieten zu betonen und der Idee der Normung, Typung und Spezialisierung im deutschen Maschinenbau förderlich zu sein, vornehmlich in den Industrien, in denen die Verhältnisse ähnlich liegen wie in der Papiermaschinen-Industrie.

Da dem Verfasser für seine Arbeiten jahrzehntelange theoretische und praktische Erfahrungen der Firma Carl Straube in Leipzig zur Verfügung standen, die in einem umfangreichen statistischen und tabellarischen Anhang wiedergegeben wurden, so ist das Buch nicht nur für die papierverarbeitende und graphische Industrie von Interesse, sondern es mag darüber hinaus der gesamten deutschen Maschinenindustrie nützbildende Anregungen für die Durchführung des Vereinheitlichungsgebantens zu geben.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Arbeiterakademie und Wirtschaftsschulen. In der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. und in der Wirtschaftsschule in Berlin werden im Oktober und in der Heimvolkshochschule in Tinz im August d. J. neue Kurse beginnen. Bewerbungen um Teilnahme an denselben sind an die Gauleiter zu richten. Näheres darüber wird an anderer Stelle dieser Nummer gesagt.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen von der 14. Beitragswoche ab in

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
Markstraße	5	5	10	15	20
Nordhaußen i. Th.		10	10	20	20

3. Aufgelöste Zeitschriften. Die Zeitschrift „Rattenstein i. Th.“ ist mit dem 1. April d. J. aufgelöst worden. Die noch vorhandenen Mitglieder werden vom Gauvorstand in Weimar als Einzelmitglieder weitergeführt.

4. Der Buchbinder Friedrich Mühlhan, geb. am 24. November 1879 in Hannover (Mitgliedsnummer 329867), ist aus Hamburg abgereist, ohne die als Vertrauensmann einlässigten Verbandsbeiträge vorher abgeliefert zu haben. Die Gau- und Ortsverwaltungen werden ersucht, entsprechende Mitteilung nach Hamburg zu geben, wenn Mühlhan sich irgendwo meldet oder sein Aufenthaltsort sonst bekannt wird.

(Adresse: Fr. Müllner, Hamburg, Befehlsbinderhof 57 III, Zimmer 41/42.)

Abrechnungen

vom ersten Quartal gingen weiter bis zum 12. Mai bei der Verbandskasse ein von: Potsdam-Nowawes 294,43 Mark, Götting 2906,— M., = Achersleben 3107,— M., Halberstadt 697,50 M., = Braunshelweg 1506,70 M., Göttingen 293,80 M., Minden i. B. 260,10 M., = Düsseldorf 2907,65 M., Essen 1199,75 M., Gelsenkirchen 70,— M., Gummersbach-Händler 728,40 M., = Gieße 80,— M., Wiesdorf 103,40 M., = Darmstadt 950,— M., Gießen-Weglar 224,70 M., Neustadt-Quardt 100,— M., = Gotha 376,85 M., Jümmenau 400,— M., Jena 25,75 M., Noha 144,— M., = Aue i. Erzgeb. 80,20 M., Burgk 356,45 M., Freiberg i. S. 75,60 Mark, Hainichen 106,65 M., Limbach 408,85 M., Nerchau 200,— M., Reichardt 47,60 M., Sebnitz 50,— M., Hiltun 261,45 M., Borsdorf 650 M., = Pfortzheim 920,— M., = Ansbach 50,— M., Würzburg 970,— M., = Augsburg 402,— M.

Nach nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zeitschriften in: Königsberg, Rastbus, Reudamm, Stolp, = Bremen, = Darmstadt, Hiltun, Mühlner, Hiltun, = Rastbus, Teiler, = Hiltun, Götting, = Gera, Rastbus, Mühlhausen, Weizenfels, = Götting, Oberwiesenthal, = Gau Weizenfels- und Baden, Göttingen, Ludwigsb., Hiltun, = Regensburg, Gau Göttingen.

Adressenänderungen.
B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Potsdam-Nowawes. B.: E. Henning, Nowawes, Grenzstraße 8.
K.: E. Sieg, Potsdam, Auguststr. 24.
Tiffa. B.: F. Eckart, Lindenstr. 24.
K.: G. Steppat, Angerpromenade 15.
Der Verbandsvorstand.